

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der CDU

#### **Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten in Berlins öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen sichern – Müllberge, Zerstörungen und Brandgefahr reduzieren!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31.05.2009 endlich ein schlüssiges und vor allem durchfinanziertes Konzept zu vorzulegen, das den Erholungswert und die Sauberkeit der meistfrequentierten öffentlichen Grünanlagen Berlins nachhaltig sicherstellt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere darzustellen, wie eine Abgabe für das Grillen in öffentlichen Grün- und Parkanlagen, insbesondere zur Sicherstellung eines Ordnungsdienstes vor Ort und der Müllentsorgung, erhoben werden kann. Hierzu ist mit einer Kostenkalkulation aufzuzeigen, wie diese Abgabe durch private Dienstleister im Auftrag des Landes oder des jeweiligen Bezirks eingenommen werden kann und wie durch die Dienstleister die Einhaltung der Parkordnung und eine umfassende Müllentsorgung insbesondere im Bereich von Grill- und Picknickwiesen sichergestellt werden kann.

Ferner wird der Senat aufgefordert, eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne mit dem Ziel zu starten, jeden Einzelnen in Hinblick auf seine Eigenverantwortung für den Erhalt und die Sauberkeit der städtischen Grün- und Parkanlagen zu sensibilisieren.

#### *Begründung:*

Das desolote Erscheinungsbild vieler Grün- und Parkanlagen unserer Stadt aufgrund von starken Verunreinigungen infolge hoher Nutzung ist seit Jahren immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen, in denen der Senat regelmäßig abtaucht und auf die von ihm chronisch unterfinanzierten Bezirke und die personell unterausgestatteten Ordnungsämter verweist. Gerade aber in der Hauptstadt, die durch ihre vielen Grün- und Erholungsanlagen eine hohe Aufenthaltsqualität für die Berlinerinnen und Berliner sowie für die Millionen Gäste

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

unserer Stadt bieten will und mit deren Image auch international geworben wird, bekommt die Landesregierung das Problem der Vermüllung und Übernutzung von Grünanlagen nicht in den Griff, weil man sich vor klaren Entscheidungen fürchtet

Der beklagenswerte Zustand vieler dieser Flächen nach Tagen intensiver Inanspruchnahme zwingt den Senat zum Handeln. Die Verantwortung für die Sauberkeit dieser Anlagen allein den Bezirken zu überlassen, wird dem gesamtstädtischen Charakter des Problems nicht gerecht.

Die Bezirke selbst können nach den letzten Kürzungen ihrer Haushaltsansätze häufig nicht einmal mehr die allgemeine Pflege dieser Anlagen gewährleisten. Bei stärkerer Inanspruchnahme gerade an den Wochenenden und Feiertagen durch überproportional viele Nutzer und den damit verbundenen starken Verunreinigungen müssen die Bezirke angesichts der anfallenden Kosten zwangsläufig kapitulieren. Darüber hinaus ist es auch nicht zu vermitteln, dass nicht nur der erhöhte Pflegeaufwand für die Parkanlagen von der Allgemeinheit finanziert werden soll, sondern auch noch die Beseitigung des Mülls der Intensiv-Nutzer

Der Senat darf sich an dieser Stelle nicht aus seiner Verantwortung stehlen und die Bezirke mit diesem Problem im Stich lassen. Deshalb muss der Senat endlich eine einheitliche und durchkalkulierte Vorgehensweise entwickeln, bei der auch durch die Erhebung einer nutzergerechten Abgabe, zum Beispiel für das Grillen, Einnahmen generiert werden, die gezielt für einen Ordnungsdienst und zur Beseitigung der entstehenden Verunreinigungen eingesetzt werden müssen.

Ziel muss es sein, eine langfristige Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Grün- und Parkanlagen unserer Stadt zu erreichen. Dies wird jedoch nicht allein durch den Einsatz von finanziellen Mitteln gelingen, sondern es muss flankierend dazu auch präventiv ein öffentlichkeitswirksame Kampagne erfolgen. Mittels dieser Kampagne müssen alle Nutzer für Ihre Eigenverantwortung für die Sauberkeit der städtischen Grün- und Parkanlagen sensibilisiert werden.

Berlin, den 22. April 2009

Henkel Goetze Graf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU